



also 137

Oktober 2015
GEW Wuppertal

Innenteil:
**GEW Solingen &
Niederberg**



Impressum:

also 137
Oktober 2015

GEW
Stadtverband
Wuppertal
Paradestr. 21
42107 Wuppertal
Tel. 0202 – 44 02 61
Fax 0202 – 45 50 50
gewwuppertal@t-online.de
www.gew-wuppertal.de

Bürozeiten:
Mo-Do 13-17 Uhr

v.i.S.d.P.:
Helga Krüger
Redaktion und
Layout:

Susanne Adlung
Kerstin Beulke
Helga Krüger
Elisabeth Pieper
Ulla Weinert

Druck:
Druckerei Schöpp

Der Bezugspreis ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Innenseiten von
GEW Solingen
GEW Niederberg

Inhalt:

GEW Wuppertal: In eigener Sache	3
Bildung für Flüchtlingskinder	5
Umfrage zu Seiteneinsteigerklassen	9
Kriegs- und Ausbeutungspolitik	12
GEW zum Schulentwicklungsplan SEK I	15
Schulsekretärinnen - Brief an Schulverwaltung	19
Schulsanierung - Umzugsarbeiten	21
Schulsanierung - Umzug ist keine Lehreraufgabe	24
Teilzeitkräfte - Leserbrief	25
Einladung: Junge GEW	26
Gerichtsurteil zur Teilzeit	28
Fachgruppensitzung Grundschule	29
Tarifverhandlungen - Beamtenbund und L-EGO	31
Tarifverhandlungen - kein Handlungszwang	33
TV-L: Geld vermisst	36
Fahrkostenerstattung	37
Fortbildung: Neu im Beruf	39
Kaffeefahrt durch Wuppertal	40
Geburtstage	43
Treffen der GEW-Senioren_innen	44
Globalisierte Wirtschaft	47
Personalräte	50
Vorstand der GEW Wuppertal	51

Fotos stellte uns freundlicherweise Dieter Kraß, Kollege an der GS Marienstraße,
zur Verfügung - www.dieterkrass.de und pixabay.com

In eigener Sache

// Wir finden es wichtig, euch mit relevanten Informationen zu versorgen. Der einfachste Weg für unser Büro ist der Mailversand, schnell und kostenlos. Die Schulen versorgen wir zusätzlich in „Papierform“. Herzlichen Dank an die vielen Vertrauensleute der GEW, die die Weitergabe übernehmen! Ansonsten schränken wir den Postversand sehr ein, er kostet viel Porto und Arbeitszeit. //

Von den 1543 Wuppertaler GEW-Mitgliedern haben uns immerhin 1141 ihre Mail-Adresse zur Verfügung gestellt, doch ihr seht, es ist noch Luft nach oben.

Deshalb die Bitte an diese 402 Mitglieder (s.o.), uns eine Mail zu schicken, damit wir auch sie von Zeit zu Zeit mit Informationen versorgen können. Wir bemühen uns, das nicht ausufern zu lassen und verschicken die Informationen durchaus „zielgruppenorientiert“, d.h. nicht alle bekommen alles ...

Schick eine Nachricht an gew.wuppertal@t-online.de

Zum Vormerken:

Jahresausklang der GEW

Freitag, 4. Dezember 2015, 18 Uhr

Diesmal mit einem zauberhaften und kabarettistischen Programm.

Guter Rat

Offene Beratungsstunde der GEW Personalräte

immer montags*

16 - 17 Uhr

im GEW-Laden

*außer in den Schulferien



Bildung für Flüchtlingskinder

// Es war eine wichtige Initiative der GEW Wuppertal, die Probleme der Bildung für Flüchtlings- und Zuwandererkinder auf den Tisch zu packen. Am 23. September kamen gut 100 Kolleginnen und Kollegen aus den Wuppertaler Schulen in die Alte Feuerwache, um mit Stefan Kühn (Schuldezernent), Christiane Schübler (Schulministerium), Josef Neumann (MDL), Ute Intveen (Schulaufsicht), Christiane Bainski (Leitung Kommunale Integrationszentren NRW) und Siegmarschnabel (Kommunales Integrationszentrum Wuppertal) zu diskutieren. //

Schon zu Beginn des Jahres erreichten die GEW in Wuppertal Hilferufe aus Kollegien, weil sich die Unterrichtssituation in den Seiteneinsteigerklassen (SE-Klassen) dramatisch verschlechtert hatte, so z.B. durch die Anhebung der Gruppenstärke von 15 auf 20 Kinder und die reduzierte Lehrerzuweisung (siehe auch also 135 vom März). Das veranlasste die GEW Wuppertal zu einer entsprechenden Umfrage in den Schulen und zur Planung der Veranstaltung. Uns war bewusst, dass uns dieses Thema langfristig beschäftigen wird, die aktuelle Entwicklung bestätigt dies allerdings in nicht erwarteter Form.

Die Resonanz auf die GEW-Umfrage war beachtlich. Ganz herzlichen Dank an alle! 38 Schulen haben zurzeit SE-Klassen aufgenommen, aus 23 Schulen erreichten uns teilweise seitenlange Rückmeldungen. Es waren sehr ausführliche, sehr konkrete, versehen mit vielen wertvollen Hinweisen, wo pädagogisch oder organisatorisch Änderungen und Verbesserungen notwendig sind. Vor allem die Größe und Zusammensetzung der Gruppen, die Lehrerversorgung, der Umgang mit nichtalphabetisierten Kindern, die mangelnden Möglichkeiten der Anschlussförderung und die Verteilung der Gruppen auf die Schulformen und im Stadtgebiet wurden als Problem benannt.

Die Umfrage zeigte auch, dass die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums sehr geschätzt wird. Auch die Ausstattung der Gruppen mit Material durch die Stadt lief offensichtlich für die meisten Schulen zufriedenstellend.

In einigen Rückmeldungen klang an, dass in manchen Schulen noch an der Akzeptanz der SE-Klassen im Kollegium bzw. bei der Schulleitung gearbeitet werden muss. Also: Nicht nur Aufträge für Politik und Verwaltung, sondern für uns alle liegen auf dem Tisch.

Konfrontiert mit den Ergebnissen der Umfrage, konnten an diesem Abend leider nur wenige konkrete Zusagen für Verbesserun-

gen vom Podium mitgenommen werden. Deutlich wurde, dass die Landesregierung offensichtlich die zumindest in Teilen absehbare verstärkte Zuwanderung bisher „verschlafen“ hat und erst jetzt aufwacht, wo der Zustrom ein unerwartetes Ausmaß annimmt. So werden erst jetzt 2600 Lehrerstellen geschaffen, wovon mindestens 1000 bereits im laufenden Jahr in den Schulen fehlen.

Allen Beteiligten ist bewusst, dass bei erwarteten 40. 000 neuen Kindern in den Schulen von NRW nicht nur Schulentwicklungspläne neu gedacht werden müssen.

Zumindest hinsichtlich der Klassengrößen gab es Aufklärung: Das Auffüllen der SE-Klassen auf 20 Schüler war offensichtlich ein Alleingang der Bezirksregierung Düsseldorf. Die Aufmerksamkeit des Personalrates Hauptschule hat ein „Rückrudern“ bewirkt, so dass jetzt wieder von 15 - 18 Kindern pro Klasse ausgegangen werden kann. Frau Schüßler vom Schulministerium wies auch darauf hin, dass es wenige Vorgaben gebe und die Schulen weitestgehend Freiheit bei der Unterrichtsorganisation haben.

Wenig zufriedenstellend war die Diskussion über die Einrichtung von Gruppen für nichtalphabetisierte Kinder. „Mit Anlauttabellen, die im Grundschulunterricht oft eingesetzt werden, kommt man bei Kindern ohne Deutschkenntnisse nicht weit. Deshalb ist der gemeinsame Unterricht sehr kompliziert,“ berichtete eine Grundschulkollegin. Vom Podium wurde entgegen gehalten, dass spezielle Gruppen an Grundschulen das Problem der langen Schulwege weiter verschärfen würden. Einigkeit bestand darin, dass eine große Fortbildungsinitiative notwendig ist, sowohl um Alphabetisierung zu meistern, als auch für die Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache. Auch hier wurde wieder deutlich, dass das Schulministerium wenig vorausschauend agiert, sondern allenfalls schwerfällig reagiert.

Als aus dem Publikum von den fehlenden Ressourcen für die dringend notwendige Anschlussförderung berichtet wurde, löste dies bei Frau Schüßler (MSW) und Frau Bainski (LAKI) Erstaunen aus. Das dürfe nicht sein, man wolle sich kümmern. Die GEW wird nachfragen.

Keine Antwort hatten die Podiumsteilnehmer auf die Frage einer Hauptschule, wie man in einer 5. Klasse erfolgreich arbeiten soll, die aus 8 Kindern aus SE-Klassen, 5 Inklusionskindern und 5 Kindern ohne solche Hintergründe zusammengesetzt ist.

Ohne Antwort blieben auch die Fragen aus dem Publikum nach Vorgaben für Notengebung, Abschlüssen, Sitzenbleiben etc. Das Problembewusstsein sei da, so Christiane Bainski, hier müsse neu gedacht werden, daran würde gearbeitet.

Gelobt wurde, dass die Stadt Wuppertal trotz aller Probleme an



manchen Stellen beispielhaft arbeitet, vergleicht man die Situation mit anderen Kommunen. Die Einbeziehung aller Schulformen ist auf einem guten Weg. Ungelöstes Problem bleibt, die Regelklassen hinsichtlich der Klassenstärken so zu deckeln (z.B. auf 25 Schüler), dass sie aufnahmefähig für Kinder aus den SE-Klassen bleiben. Offensichtlich muss die Stadt die Zügigkeit der einzelnen Schulen erweitern.

Auch wenn es an diesem Abend an konkreten Zusagen zur Veränderung mangelte, dem Publikum war wichtig, dass die GEW dieses Forum geschaffen hatte, um die konkreten Probleme vor Ort zu benennen und einmal loszuwerden.

Wir wissen, dass die Kommune und das Land aktuell enorme Anstrengungen unternehmen müssen, um die Versorgung der vielen Flüchtlinge zu gewährleisten. Aber gerade weil so viele Menschen zu uns kommen, müssen tragfähige zukunftstaugliche Bildungsstrukturen vorhanden sein bzw. aufgebaut werden.

Anzahl der Seiteneinsteigerklassen in Wuppertal

2012/13	20 Klassen (7 GS, 9 HS, 2 RS, 1 GE, 1 GY)
2013/14	29 Klassen (7 GS, 10 HS, 4 RS, 2 GE, 2 GY, 4 BK)
2014/15	45 Klassen (13 GS, 10 HS, 7 RS, 4 GE, 5 GY, 6 BK)
2015/16	53 Klassen (18 GS, 9 HS, 7 RS, 5 GE, 8 GY, 6 BK) (Stichtag 17.09. 2015)

Anzahl der Schüler_innen am Schuljahresende

2010/11	247 Schüler/innen
2012/13	348 Schüler/innen
2013/14	478 Schüler/innen
2014/15	832 Schüler/innen
2015/16	828 Schüler/innen (bisher bis September 2015)

Aus den Rückmeldungen

„Die Unterbringung der Kinder in wohnortnahen Seiteneinsteiger-Klassen ist ganz dringend. 7-jährige Kinder können nicht alleine fast eine Stunde durch die für sie völlig fremde Stadt Wuppertal fahren. Die Eltern haben aber oft nicht die Möglichkeit, täglich ein Busticket für sich selbst zu finanzieren.“

*

„Drei SE-Klassen an einer auslaufenden Hauptschule sind nicht zu integrieren, schon allein deshalb nicht, weil die altersgemäßen Klassen gar nicht mehr vorhanden sind.“

*

„Warum gibt es an den Grundschulen keine Alphabetisierungs-klassen zusätzlich zu den normalen Seiteneinsteigerklassen? Geht man davon aus, dass Grundschullehrer eine Alphabetisierung auch noch "quasi nebenbei" bewerkstelligen könnten, an den weiterführenden Schulen hingegen nicht? Dies ist für mich nicht nachvollziehbar.“

*

„Ich habe zwei Analphabeten in meiner Klasse, mit denen ich gar nicht oder nur mit Händen und Füßen kommunizieren kann. Als ausgebildete SEK-II-Lehrerin habe ich es nicht gelernt, Schüler zu alphabetisieren. Müssten nichtalphabetisierte Kinder in der SEK I nicht konsequent in Extragruppen aufgenommen werden? Die Gruppengröße dürfte aber auf keinen Fall 10 übersteigen!“

*

„Die Anschlussförderung in den Regelklassen ist hochproblema-tisch, in denen bereits 28 oder 29 Kinder sind. Eigentlich sollten wir ja wegen der zu erwartenden Kinder aus den SE-Klassen auf 25 Schüler „gedeckelt“ sein. Auch haben wir kaum Lehrerstunden für die dringend notwendige Anschlussförderung.“

*

„Die Anschlussförderung ist ein großes Problem. Die Schü-ler_innen sind teilweise hochmotiviert und zeigen extrem gute Be-reitschaft, auch im häuslichen Bereich noch extra zu lernen, so dass der Übergang in einigen Fällen schnell erreicht war. Da aber z. B. der Jahrgang 9 doch so einige Herausforderungen für jeman-den, der die deutsche Sprache gerade neu lernt, bereithält, wären 1-2 Std. individuelle Förderung sehr wünschenswert.“

*

„Unsere beiden Klassen 5 (Inklusionsklassen!) haben seit Schulja-resbeginn je 8 Schüler_innen aus einer SE-Klasse. Damit sind Schüler und Lehrkräfte ständig überfordert! Kinder und Jugendli-

che ohne schulische Bildung in ihren Heimatländern kommen auch nach zwei Jahren SE-Klasse nicht ausreichend vorbereitet in Regelklassen!“

*

„Lehrerstellen, Lehrerstellen, Lehrerstellen ... Früher bekamen wir eine Lehrerstelle für 15 Kinder, jetzt nur noch 0,5 Stellen für 18 Kinder, im letzten Jahr sogar für 20 Kinder.“

*

„12 Unterrichtsstunden sind definitiv viel zu wenig!!! Die Verschlechterung führt dazu, dass die SchülerInnen sehr frühzeitig an Unterrichtsstunden der Regelklassen teilnehmen müssen. Damit sind beide Seiten überfordert.“

*

„Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs sind bei Seiteneinsteigerkindern bei begründetem Verdacht auf Lernentwicklungsstörungen nicht möglich. Das Verfahren wird immer wegen mangelnder Sprachfähigkeit abgelehnt. Muss das wirklich so laufen!? Kann man nicht wenigstens Integrationshelfer einsetzen?“

*

„Ganz dringend notwendig wären Nachmittagsangebote für diese Kinder, Hausaufgabenbetreuung oder Ähnliches!!! Für Kinder aus Syrien oder anderen Krisengebieten wären zudem psychologische Unterstützungsmaßnahmen dringend notwendig!“

*

„Es fehlen Fortbildungen für Lehrkräfte, wie in der Sprachförderung mit Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte umzugehen ist.“

*

„Unsere Schule ist insgesamt unterbesetzt. Die SE-Klasse wird stiefmütterlich behandelt. Es wird z.B. kein Vertretungsunterricht erteilt. Haben die Kollegen Angst?“

*

„Gute Arbeit ist jedoch auch von einem ausgewogenen Schüler/Lehrerschlüssel abhängig. Den Kindern eine Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen, ist mit einer Klassengröße von 20 Kindern fast unmöglich. Viele der Kinder kommen traumatisiert, nicht erzogen oder ohne jegliche schulische Vorbildung zu uns. Sie sind überhaupt noch nicht „schulfähig“ und bräuchten eine Art Vorkurs. Eine ständige Doppelbesetzung ist nötig, wobei die zweite Person nicht unbedingt eine ausgebildete Lehrerin sein muss.“

*

„In unserer Klasse sind 16 weitgehend sehr lernwillige Kinder, deren sprachliche Fähigkeiten sich positiv entwickeln.“



Ein Brief im Zorn

Sehr geehrte Präsidenten und Regierungschefs!

Ihr habt mit eurer jahrzehntelangen Kriegs- und Ausbeutungspolitik Millionen Menschen im mittleren Osten und in Afrika ins Elend gestoßen. Wegen euch flüchten weltweit Menschen. Jeder dritte Flüchtling in Deutschland stammt aus Syrien, Irak und Afghanistan. Aus Afrika kommt jeder 5. Flüchtling.

Eure Kriege sind auch Ursache des weltweiten Terrorismus. Statt ein paar 100 internationale Terroristen wie vor 15 Jahren haben wir jetzt 100.000. Wie ein Bumerang schlägt eure zynische Rücksichtslosigkeit jetzt auf uns zurück.

Wie üblich denkt ihr nicht daran, eure Politik wirklich zu ändern. Ihr kuriert nur an den Symptomen herum. Die Sicherheitslage wird dadurch jeden Tag gefährlicher und chaotischer. Immer neue Kriege, Terrorwellen und Flüchtlingskatastrophen werden die Zukunft unseres Planeten bestimmen.

Auch an Europas Türen wird der Krieg eines Tages wieder klopfen. Jeder Geschäftsmann, der so handeln würde, wäre längst gefeuert und säße im Gefängnis. Ihr seid totale Versager.

Die Völker des mittleren Ostens und Afrikas, deren Länder ihr zerstört und ausgeplündert habt sowie die Menschen Europas, die jetzt unzählige verzweifelte Flüchtlinge aufnehmen, zahlen für eure Politik einen hohen Preis. Ihr aber wascht eure Hände in Unschuld. Ihr gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof. Und jeder eurer politischen Mitläufer müsste eigentlich den Unterhalt von mindestens 100 Flüchtlingsfamilien finanzieren.

Im Grunde müssten sich die Menschen dieser Welt jetzt erheben und euch Kriegstreibern und Ausbeutern Widerstand leisten. Wie einst Gandhi gewaltlos, in ‚zivilem Ungehorsam‘. Wir müssten neue Bewegungen und Parteien gründen. Bewegungen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Die Kriege in anderen Ländern genauso unter Strafe stellen, wie Mord und Totschlag im eigenen Land. Und euch, die Verantwortlichen für Kriege und Ausbeutung, für immer zum Teufel jagen. Es reicht! Haut ab! Die Welt wäre ohne euch viel schöner.

Jürgen Todenhöfer

Liebe Freunde,

ich weiß, man sollte im Zorn keine Briefe schreiben. Doch das Leben ist viel zu kurz, um immer um die Wahrheit herumzureden. Ist eure Empörung nicht auch so groß, dass ihr aufschreien möchtet über soviel Verantwortungslosigkeit? Über das unendliche Leid, das diese Politiker angerichtet haben? Über die Millionen Toten? Haben die Kriegspolitiker wirklich geglaubt, man könne jahrzehntelang ungestraft auf andere Völker einprägen und sich die Taschen voll machen? Wir dürfen das nicht länger zulassen! Im Namen der Menschlichkeit rufe ich euch zu:

WEHRT EUCH!

Euer JT

Jürgen Todenhöfer ist ein deutscher Publizist und ehemaliger Medienmanager. Der promovierte Jurist war von 1972 bis 1990 Bundestagsabgeordneter der CDU und zählte damals zur so genannten Stahlhelm-Fraktion des rechten Flügels der CDU. Er war einer der bekanntesten deutschen Unterstützer der von den USA geförderten Mudschahidin und ihres Guerillakriegs gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Mehrfach reiste er in Kampfzonen zu afghanischen Mudschahidin-Gruppen. Von 1987 bis 2008 war er Vorstandsmitglied des Medienkonzerns Burda. Ab etwa 2001 profilierte sich Todenhöfer als Kritiker der US-amerikanischen Interventionen in Afghanistan und dem Irak, über die er mehrere Bücher veröffentlichte. Diese Kriegsgebiete bereiste er ebenso wie die des Arabischen Frühlings und des Islamischen Staates.



GEW Wuppertal ist enttäuscht

// Auf zwei DIN-A4 Seiten passt der Schulentwicklungsplan für die weiterführenden Schulen, der Ende August dem Wuppertaler Schulausschuss vorlag. Da wundert es nicht, dass er wenig Konkretes enthält. //

Positiv ist die knappe Ankündigung, dass „die Umsetzung der bildungspolitisch gewünschten Veränderungen von Schule wie Ganztagschule, Inklusion, Schulsozialarbeit, Seiteneinsteigerklassen, Differenzierungsunterricht, Berufsorientierungsbüros usw. Schulraum benötigt.“ Entstehende und entstandene Raumreserven sollen für eine Anpassung an die veränderten Unterrichtsanforderungen genutzt werden. Zusätzliche Raumkapazitäten sollen u. a. für den Ausbau der offenen Ganztagschule und für das Gemeinsame Lernen geschaffen werden.

Auch soll bei der Einrichtung von Seiteneinsteigerklassen aufgrund der erhöhten Zuwanderung auf eine „gleichmäßige Auslastung der Schulen aller Schulformen geachtet werden.“

An die Errichtung einer Sekundarschule ist nicht gedacht.

Die Stellungnahme der GEW

Der „Entwurf der Schulentwicklung für die weiterführenden Schulen“ ist aus der Sicht der GEW Wuppertal höchst enttäuschend. Er beschreibt im Wesentlichen nur den Ist-Zustand, lässt so gut wie keine gestaltenden Eingriffe erkennen und verdient somit nicht den Namen „Entwicklungsplan“. Er ist Ausdruck unzeitgemäßer Bildungspolitik, die einer Stadt, die auf vielen Gebieten zukunftsweisend sein möchte, nicht angemessen ist.

Besonders empört uns, dass auch weiterhin der Wunsch der Eltern nach mehr Gesamtschulplätzen - allein 350 Ablehnungen in diesem Jahr - schlicht ignoriert wird. Wenn der Plan die Situation in den Haupt- und Realschulen als stabil beschreibt, so missachtet er wider besseren Wissens die tatsächliche Situation: 72 Anmeldungen aber 211 Aufnahmen an den Hauptschulen und 576 Anmeldungen gegenüber 806 Aufnahmen an den Realschulen zeigen: 350 Eltern möchten das gemeinsame Lernen ihrer Kinder nach der Grundschulzeit in den Gesamtschulen fortsetzen und alle Schulabschlüsse offen halten. Es ist unbestritten, dass die Gesamtschulen eine große Zahl von Kindern, die die Grundschule ohne gymnasiale Empfehlung verlassen, erfolgreich zum Abitur führen. Diese Kinder werden gegen den Elternwunsch einer nichtgewollten Schulform zugewiesen. Ihnen wird die Chance verbaut, eine

Schule zu besuchen, die darauf angelegt ist, alle Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Das dürfen die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt nicht länger zulassen.

In diesem Zusammenhang halten wir ein vorgezogenes Anmeldeverfahren der Gesamtschulen für unabdingbar, da die jetzige Form der Anmeldung für die Eltern zu einem „Spießrutenlaufen“ zunächst um die begehrten Gesamtschulplätze und anschließend um einen Alternativplatz an anderen Schulen ausartet. Dieses Anmeldeverfahren führt sogar dazu, dass Gesamtschulplätze ungenutzt bleiben.

Angesichts des vorgelegten Planes müssen wir allerdings vermuten, dass die Schulverwaltung die Hauptschule vor allem deshalb erhalten will, um ihr die Aufgabe zuzuweisen, die Hauptlast bei der Beschulung der sozial benachteiligten Kinder, der Flüchtlingskinder und der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu tragen.

Damit ist diese Schulform - auch bei allem Engagement der Lehrkräfte - überfordert, zumal ihr von Seiten des Landes noch nicht einmal ausreichend Lehrerstellen und Sonderpädagogen zur Verfügung gestellt werden, die die Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen erfordert. Auch die Kommune ist gefragt und muss z.B. zusätzliche Integrationsfachkräfte und mehr schulpsychologische Kompetenz bereitstellen.

Die GEW kritisiert, dass die im Entwurf mitgelieferte Zahlenbasis für die „Schulentwicklung“ ausgesprochen dürftig ist. Es ist z.B. nicht zu erkennen, in welcher Form die verstärkte Zuwanderung der letzten und der kommenden Jahre ihren Niederschlag findet. Er beschreibt nicht, wie sich die Schülerzahlentwicklung nach der Orientierungsstufe darstellt, obwohl bekannt ist, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Schülerinnen und Schülern der Gymnasien und Realschulen zu diesem Zeitpunkt abgeschult werden.

Die GEW meint, dass jede Schule, die ein Kind im 5. Schuljahr aufgenommen hat, dieses zu einem adäquaten Schulabschluss führen muss. In diesem Zusammenhang vermissen wir eine Aussage dazu, wie die Stadt künftig dieses Vorgehen im Sinne der Kinder fördern will. Die schulgesetzlichen Möglichkeiten dazu sind zwar nur halbherzig vorhanden; trotzdem muss die Stadt die aktuelle Schulgesetzänderung nutzen, um in Zusammenarbeit mit den Schulen die systematische Abschulung von Kindern in andere Schulformen zu verhindern. Wuppertal sollte wegweisend sein, eine Kultur des „Behaltens“ in allen Schulen zu erreichen.

Anmeldungen und Aufnahmen

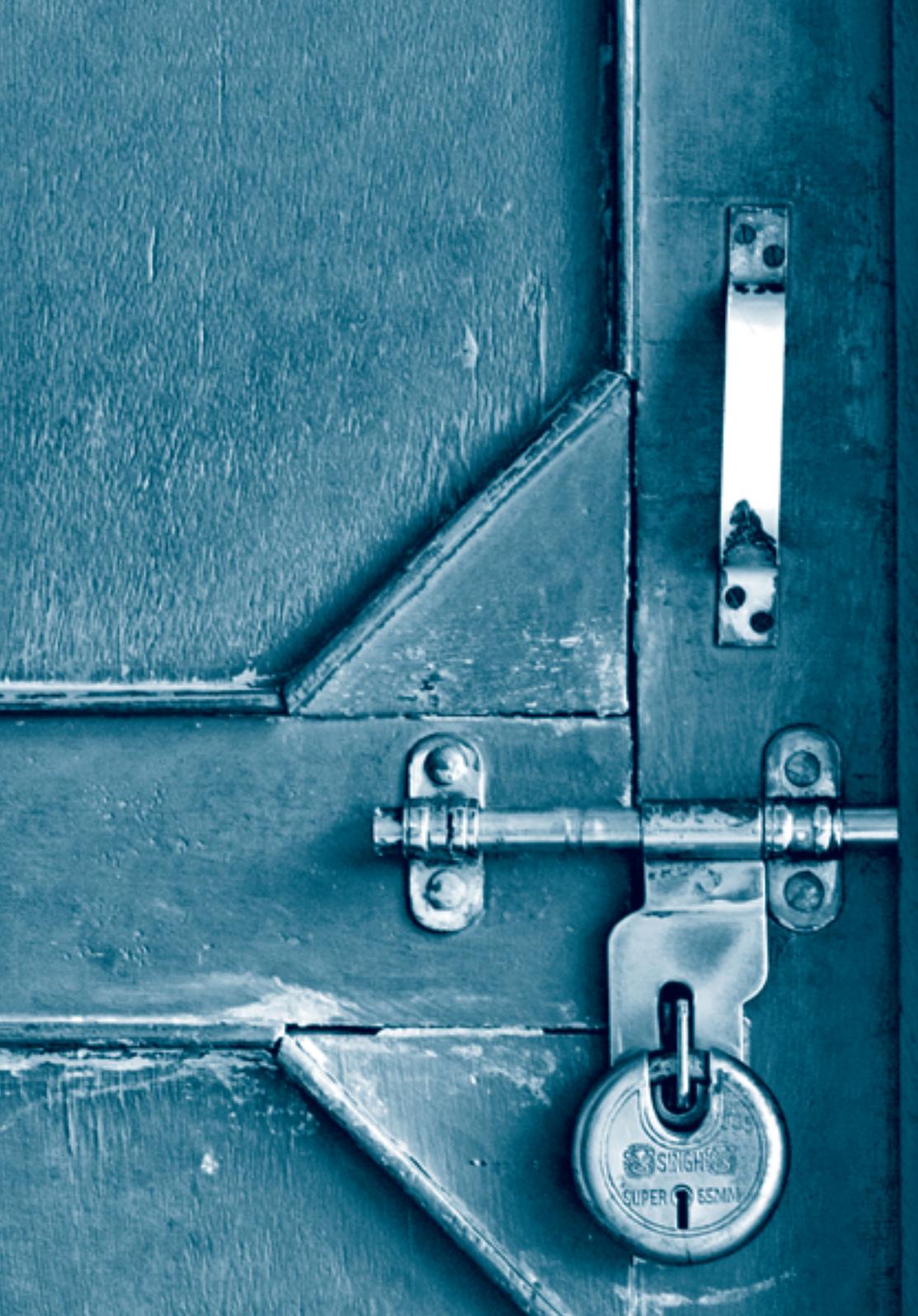
Anhang zum Schulentwicklungsplan zur Nachfrage an den Schulen

Hauptschulen	Schuljahr 13/14		Schuljahr 14/15		Schuljahr 15/16	
	Anmeld.	Aufnah.	Anmeld.	Aufnah.	Anmeld.	Aufnah.
St.-Laurentius-Schule	27	43	14	31	11	38
Bernh.-Lettersh.-Sch.	28	38	18	40	9	42
Barmen-Südwest	26	36	11	36	3	21
Oberbarmen	34	48	13	36	15	46
Wichlinghausen	44	61	12	29	12	40
<i>Tagesschule Dönberg</i>	27	27	25	25	22	24
Gesamt	186	253	93	197	72	211

Realschulen	Schuljahr 13/14		Schuljahr 14/15		Schuljahr 15/16	
	Anmeld.	Aufnah.	Anmeld.	Aufnah.	Anmeld.	Aufnah.
Vohwinkel	70	71	61	70	73	101
Helmholtzstr.	66	73	58	66	53	80
Hohenstein	54	59	35	73	32	100
Friedr.-Bayer-RS	144	141	122	120	152	150
Leimbacher Str.	79	86	51	103	48	81
Max-Planck-RS	124	122	89	111	111	145
Neue Friedrichstr.	53	55	38	52	37	75
<i>Boltenheide</i>	7	27	18	18	8	20
<i>Tagesschule Dönberg</i>	32	31	31	31	53	54
Gesamt	629	665	503	644	567	806

Gymnasien	Schuljahr 13/14		Schuljahr 14/15		Schuljahr 15/16	
	Anmeld.	Aufnah.	Anmeld.	Aufnah.	Anmeld.	Aufnah.
Bayreuther Str. 35	134	132	154	154	160	150
Wilhelm-Dörpfeld-G.	56	59	52	52	59	82
Carl-Fuhlrott-G.	168	168	192	186	215	186
Carl-Duisberg-G.	155	145	145	145	142	138
Vohwinkel	98	99	89	90	85	96
Am Kothen	142	142	113	116	113	115
Sedanstr.	80	81	84	85	84	84
G. Johannes Rau	104	106	95	102	79	88
<i>St. Anna Gymn.</i>	133	128	149	149	131	142
Gesamt	1.070	1.060	1.073	1.079	1.068	1.081

Gesamtschulen	Schuljahr 13/14		Schuljahr 14/15		Schuljahr 15/16	
	Anmeld.	Aufnah.	Anmeld.	Aufnah.	Anmeld.	Aufnah.
Ronsdorf	239	175	225	180	223	162
Elberfeld	171	150	129	150	143	154
Vohwinkel	174	116	134	108	147	100
Langerfeld	241	169	239	180	219	168
Barmen	354	176	325	168	376	170
Uellendahl-Katernb.	110	132	120	135	131	135
Gesamt	1.289	918	1.172	921	1.239	889



SINGH'S
SUPER 65MM

Kaffeekochen verboten

// Die Schulverwaltung in Wuppertal scheint nicht ausgelastet zu sein. Wie ist es sonst zu erklären, dass die Schulen vor einiger Zeit ein zweiseitiger „Negativkatalog“ erreichte, in dem 49 verschiedene Aufgaben aufgelistet wurden, die die Schulsekretärin nicht zu erledigen habe. Eine Grundschulleiterin nahm das zum Anlass für eine Antwort, die wir gerne dokumentieren.

Bei dieser Gelegenheit: Wenn es um die Besetzung der Schulsekretariate in Wuppertal geht, dann würden wir gerne dieser Stadt einen Negativkatalog überreichen. Schließlich gibt es noch Grundschulen, die ihre Schulsekretärin nur einmal in der Woche zur Verfügung haben! //

Sehr geehrte Frau Streckmann,

soeben habe ich die Information bekommen, welche Aufgaben eine Schulsekretärin nicht erledigen muss. Dies steht in dem sogenannten Negativkatalog.

Ich habe dafür vollstes Verständnis und frage mich natürlich besorgt, was alle anderen an der Schule nicht machen müssen.

Ich habe soeben eine Batterie für eine Uhr, die stehengeblieben ist, gekauft und eingesetzt. Außerdem habe ich meinen Schreibtisch abgewischt und den Bildschirm gereinigt, damit ich besser alle Mails lesen kann. Fällt das in meinen Aufgabenbereich?

Meine Konrektorin hat vor, unser Lehrerzimmer aufzuräumen. Sollte sie das?

Unsere Kinder haben die Toilettenwände bemalt, damit die WC – Räume nicht mehr so verwahrlost aussehen. Gehört das zu ihren Aufgaben?

Unsere Lehrer räumen regelmäßig die Regale aus, um Staub zu wischen. Kann ich das noch guten Gewissens zulassen?

Eltern haben im Ganzttag Laminat verlegt. Die Ganztagsmitarbeiter richten ihre Gruppenräume ein und ziehen mit dem Entspannungsraum um. Gehört das zur Positivliste?

Selbstverständlich muss die Sekretärin auch keinen Kaffee kochen. Bisher hatten wir dafür eher eine einvernehmliche Lösung. Den Kaffee hat der gemacht, der das gerne wollte oder der zuerst Kaffeedurst entwickelte. Das müsste sich jetzt natürlich ändern. Da die Schulleitungsaufgaben noch nicht negativ definiert sind,

kann ich das gerne machen. Da ich meine Sekretärin sehr schätze, werde ich immer einen für sie mitkochen.

Das haben Schulleitung und Lehrer an meiner Schule in der letzten Zeit zusätzlich noch gemacht:

- Wände streichen
- Fundsachen zugunsten des Friedensdorfes entsorgen
- Spiegel bei einem preiswerten Möbelhersteller einkaufen
- Bilderrahmen besorgen
- Lernmaterial reparieren
- Blumenkübel bepflanzen
- Jacken aufhängen
- Lehrerzimmer aufräumen
- Geschirrtücher waschen
- Klassenzimmer ausmessen
- Tische umstellen
- spülen, abtrocknen
- Kopierstau beheben
- Klassenzimmer fegen
- Mobiliar umstellen
- Blumen gießen
- Bilder aufhängen
- Obst schneiden
- Kaffeemaschine besorgen
- Geräteraum aufräumen
- Bastelmaterial im Baumarkt besorgen

Mehr fällt mir auf die Schnelle nicht ein. Leider muss ich die Aufzählung jetzt unterbrechen. Gerade hat eine Mutter geklingelt, die dringend noch heute eine Schulbescheinigung benötigt, da sie einen Termin bei der Ausländerbehörde hat..... und heute ist leider die Sekretärin nicht da.

Zusatz:

Ich hoffe, dass wir unter dem Aspekt „selbstständige Schule“ unsere Arbeiten weiterhin einvernehmlich aufteilen können. Wenn es in Wuppertal in Einzelfällen zu Spannungen gekommen ist, reicht wohl eine Einzelintervention.

Viele der von Ihnen dargestellten Tätigkeiten gehören in der Tat nicht zu dem Aufgabenfeld der Schulsekretärin. Würden jedoch alle an der Schule Beschäftigten sich auf das „Muss - Nicht“ beschränken, gäbe es kaum eine positive Schulkultur und eine gute Schulentwicklung.

Mit freundlichem Gruß

Angela Deckert

Hilfe wir ziehen um!

// Der Rückzug in unsere neue „alte“ Schule steht bevor. Am 19. Oktober muss die Schule soweit hergerichtet sein, dass der Unterricht und die Betreuung im Offenen Ganzttag gewährleistet sind. Unser Kollegium muss deshalb in der Woche vom 12.10. bis zum 15.10. in den Herbstferien mehrheitlich vor Ort sein, um sowohl unsere Klassenräume als auch die gemeinsamen Räume einzurichten. Die Erfahrungen mit dem Räumen der Schule und dem Umzug in unsere provisorische Unterkunft bewegt mich zu diesem Schreiben. //

Nach guter Vorplanung seitens unseres Kollegiums und Bildung von Arbeitsgruppen, haben wir gemeinsam sehr zeitig mit dem Sichten, Entstauben, Sortieren und Entsorgen begonnen. Es musste berücksichtigt werden, welches Unterrichtsmaterial im kommenden Schuljahr benötigt wird (also mit umziehen oder bis zu unserem Rückzug eingelagert werden muss). Dann ging es ans Verpacken und ans Schleppen (!!) zu den Sammelstellen.

Häufig mussten wir die Kartons erst stabilisieren und zusammenkleben, weil sie gebraucht und kaputt waren. Alle Kisten haben wir mit detaillierter und genauer Beschriftung versehen. Das Verpacken der letzten Materialien zog sich bis zum Donnerstag in der ersten Ferienwoche hin. Sogar Eltern mussten wir mit einspannen.

Alles fand neben dem Unterricht, neben dem Zeugnisschreiben, neben einem Schulfest statt. Also nach dem Unterricht, an vielen Nachmittagen, manches Mal am Wochenende, zeitweise mit Hilfe von Familienmitgliedern. Durch schulische Organisation und einer Unterstützung durch das Schulamt bestand der „Ausgleich“ für unsere gesamte Umzugsarbeit in vier Unterrichtsstunden, also drei Zeitstunden!

Dies steht in keinem Verhältnis zu der Arbeit, die das Kollegium im Rahmen dieses Umzugs neben ihren unterrichtlichen und sonstigen schulischen Verpflichtungen geleistet hat.

Bis zu den Ferien wurde die Situation im Kollegium immer angespannter, da wir alle sowohl psychisch als auch körperlich am Rande unserer Belastungsgrenze waren. Einzelne von uns waren zu Beginn der Sommerferien wegen körperlicher Beschwerden in ärztlicher Behandlung. Besonderer Druck wurde zudem erzeugt durch Aussagen, deren Quellen ich nicht mehr weiß: „Alles, was nicht ordnungsgemäß verpackt ist, wird entsorgt.“ „Andere Schulen haben das auch geleistet.“ „Am Tag X muss alles fertig sein.“

Als ich in der letzten Woche der Sommerferien in die Räume der



provisorischen Unterkunft kam, wäre ich am liebsten sofort wieder gegangen!! Tische und Stühle – auch diese waren von uns ausnahmslos beschriftet - waren nicht verteilt und stapelten sich in einzelnen Klassen. Die schweren Umzugskartons stapelten sich in Höhen, die für mich nicht zu erreichen waren. Putzzeug hatte ich bereits mitgebracht, weil die Klassenräume vor Schulbeginn nicht mehr geputzt werden sollten.

Ich bin nach dem ersten Tag völlig entnervt nach Hause gefahren und habe zwei Freundinnen gebeten, mir zu helfen. Als wir drei am nächsten Tag beginnen wollten, kam dann doch kurzfristig und ohne unsere Kenntnis die Putzfirma und ich sollte meine Klasse für zwei Stunden nicht betreten. Meine Hilfen sind nach Hause gefahren. Das „Entstapeln“ der Kisten blieb wieder an mir hängen. Andere Kolleginnen hatten ihre Klassen zum größten Teil in den Ferien eingeräumt – auch wieder mit Hilfe von Familie und Freunden.

Jetzt steht der Rückzug an und mir schwant Ungutes. Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, dass ich Grundschullehrerin bin und auch nicht vorübergehend Angestellte eines Umzugsunternehmens. Wenn ich zu Hause etwas Schweres zu bewegen habe, bitte ich meinen Mann oder meinen Sohn um Hilfe. In der Schule habe ich selbst geschleppt!! Selbstverständlich hat uns unsere Schulleitung darauf aufmerksam gemacht, dies nicht zu tun und auf Hilfe zu warten. Welche Hilfe denn? Die von Kolleginnen oder Kollegen, die selbst Hilfe brauchten???

Ich habe eine Teilzeitstelle und bewusst auf 14 Stunden reduziert. Im Rahmen des normalen Alltags ist von dieser Reduktion schon zeitweise nichts mehr zu spüren, weil sich unsere Aufgabenbereiche stetig erhöht haben. Im Rahmen des Umzugs hat der Zeitaufwand, den ich in der Schule verbracht habe, den Rahmen einer Vollzeitstelle um einiges überschritten. Läuft die von mir/von uns zusätzliche investierte Zeit der geleisteten Arbeit unter „geleistete Mehrarbeit“ und haben wir einfach versäumt solche Anträge zu stellen?

Alle diese Arbeit konnten und haben wir geleistet, weil wir uns mit unserer Schule identifizieren und weil unser Kollegium - hier erwähne ich ausdrücklich auch die Schulleitung - von besonderer gegenseitiger freundschaftlicher Wertschätzung und Hilfsbereitschaft geprägt ist. Ohne diesen Zusammenhalt hätte keine und keiner von uns diese Arbeit leisten können.

Mein Engagement für „meine“ Schule und Schule im allgemeinen war immer groß, dieses neigt sich aber jetzt dem Ende zu und ich fühle mich wirklich ausgenutzt für Arbeiten, die nicht der Beschreibung meines Tätigkeitsfeldes entsprechen.

Karla Storat

Schleppen und putzen verboten!

// Die haarsträubenden „Erlebnisse“ unserer Kollegin angesichts des Umzuges ihrer Schule veranlassen uns einen „Negativkatalog“ für die Tätigkeiten von Lehrkräften aufzustellen, so in etwa nach dem Vorbild der Schulverwaltung in Bezug auf Schulsekretariate. Selbstverständlich werden wir diesen auch der Schulverwaltung zustellen. //

Was Lehrkräfte nicht dürfen ...

1. Lehrkräfte dürfen keine schweren Umzugskartons transportieren. Dieses gehört nicht zu ihren Aufgaben. Sollte dabei ein Unfall passieren, kann dies nicht als Dienstatunfall geltend gemacht werden.
2. Lehrkräfte dürfen keine Schulmöbel transportieren. Dieses gehört nicht zu ihren Aufgaben. Sollte dabei ein Unfall... (s.o.)
3. Lehrkräfte sind nicht verpflichtet, Putzarbeiten in den Schulräumen durchzuführen. Sollte dabei ein Unfall (s.o.)
4. Lehrkräfte können nicht verpflichtet werden, in den Schulferien Arbeiten im Zusammenhang mit Umzugsarbeiten durchzuführen. Die Anwesenheitspflicht in Schulferien ist auf die letzte Woche der Sommerferien beschränkt und dann auch nur, wenn dies für die organisatorische Vorbereitung des neuen Schuljahrs erforderlich ist und vorher angekündigt wurde. Die ordnungsgemäße Herrichtung von Unterrichtsräumen ist Sache des Schulträgers und nicht der Lehrkräfte.
5. Lehrkräfte können nicht verpflichtet werden, Lehrmittelsammlungen ihrer Schule für einen Umzug zu verpacken. Allenfalls sind sie für das Verpacken des Unterrichtsmaterials in ihrer Klasse zuständig. Wenn sich Lehrkräfte freundlicherweise trotzdem bereit erklären, weil ihnen klar ist, dass ansonsten das Chaos ausbricht, müssen sie für diese zusätzliche Arbeitszeit angemessen entlastet werden.

Im Übrigen raten wir allen Betroffenen, sich nicht immer wieder die Verantwortung für Aufgaben des Schulträgers aufbürden zu lassen, auch wenn das pädagogische Gewissen drücken sollte. Ein konsequentes „Nein“ bei Anforderungen, die nicht zu den Lehreraufgaben gehören, sondern eindeutig zu denen des Schulträgers, würde sicher etwas bewirken. Wenn der Unterricht ausfallen muss, weil die Möbel im Klassenraum fehlen oder der Baudreck nicht weggeräumt wurde, könnte der Schulträger ja vielleicht zum Nachdenken kommen.

Dank der Teilzeitkräfte funktioniert die Schule

// Ich arbeite seit Jahren in Teilzeit als Grundschullehrerin und habe mit Verärgerung die Einschätzung zur Rolle von teilzeitbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrern an Schulen zur Kenntnis genommen. Sie werden von ihr eher als Belastung und Hemmschuh für die Weiterentwicklung von Schule betrachtet. Ich habe den Eindruck, wer so etwas schreibt, war schon lange in keiner Schule mehr. //

Bei einer halben Stelle ist die Anzahl der zu haltenden Unterrichtsstunden halbiert – und natürlich das Gehalt auch. Außerunterrichtliche Tätigkeiten jenseits des Unterrichts und der unmittelbaren Unterrichtsvorbereitung sind allerdings meist nicht halbiert.

So lade ich als Klassenlehrerin alle Eltern zum Elternsprechtag ein und führe Beratungsgespräche nicht nur mit der Hälfte der Eltern. Auch die Anzahl der Elternabende kann nicht einfach halbiert werden. Ich nehme mit wenigen Einschränkungen an jeder Dienstbesprechung und Konferenz teil.

Ich fahre genauso oft und genauso lange auf Klassenfahrten wie meine Kolleginnen und Kollegen, und ich unterstütze meine Klasse bei Projektwochen, Bundesjugendspielen, Sponsorenläufen oder Ähnlichem unabhängig davon, dass an diesen Tagen meine reguläre Stundenverpflichtung weit überschritten wird.

Auch nachmittägliche Feiern – zum Beispiel zu Weihnachten oder am Ende des Schuljahres – gibt es nicht nur in jedem zweiten Jahr für meine Klasse. Denn all dies macht Spaß, gehört zu einem gelungenen Schulleben und wird mit Recht erwartet. Aber es sollte in die Arbeitszeitberechnung mit einfließen.

Ich stimme mit der Autorin überein, dass Vollzeitkräfte nicht weiter belastet werden dürfen, da außerunterrichtliche Anforderungen in den letzten Jahren extrem zugenommen haben, ohne dass es an anderer Stelle irgendeine Entlastung gegeben hätte.

Alle Lehrer haben in den letzten Jahren dadurch eine deutliche Ausweitung der Arbeitszeit erlebt. Viele ältere Kollegen arbeiten deshalb Teilzeit, weil eine volle Stelle unter diesen Umständen kaum zu leisten ist.

Meine These ist, dass gerade wegen der Teilzeitkräfte das System

Schule heute noch halbwegs funktioniert. Wären nicht so viele „Köpfe“ an einer Grundschule, würde es zum Beispiel sehr häufig doppelte Klassenführungen geben, und eine angemessene Schülerbetreuung und Elternarbeit wäre kaum mehr möglich. Viele Schulgärten, Büchereien und anderes mehr bereichern das Schulleben, weil alle mithelfen, unabhängig vom Deputat.

Vertretungsstunden für erkrankte Kollegen können im hohen Maße nur Teilzeitkräfte übernehmen, da die Vollzeitkräfte zumindest an Grundschulen mit 28 Pflichtstunden kaum freie Spielräume an einem Schulvormittag haben. Immerhin werden diese Mehrarbeitsstunden mittlerweile vergütet.

Das Thema Ganztagsgrundschule oder Halbtagsgrundschule wird bestimmt nicht von der Anzahl der Teilzeitkräfte in einem Kollegium abhängen. Eine Ganztagsgrundschule benötigt einfach mehr Lehrerstunden, und die müssen politisch gewollt sein und finanziert werden.

Viola Vernie, Leserbrief an die Frankfurter Rundschau

junge gew im beatz

kennenlernen. reden. mitmachen.

Nächster Treffpunkt

Donnerstag, 5. November 2015

19 Uhr

beatz und kekse

Luisenstraße 86, 42103 Wuppertal



Teilzeit gilt für alle Aufgaben!

// Geklagt hatte eine teilzeitbeschäftigte Oberstudienrätin aus Niedersachsen. Dort ist es üblich, dass Oberstudienräte zusätzlich zu den normalen Unterrichtsaufgaben auch mit Verwaltungstätigkeiten betraut sind, wie etwa die Leitung der Schulbibliothek oder die Organisation eines Schüleraustauschs. //

Die Lehrerin wollte, dass sich ihre Verwaltungsaufgaben genau wie die Unterrichtstätigkeit im Rahmen ihrer Teilzeitquote reduzieren. Die Landesschulbehörde verweigerte ihr das aber im Hinblick auf die niedersächsische Regelung für Oberstudienräte. Deswegen ging die Lehrerin vor Gericht.

Das Obergericht Lüneburg gab zunächst der Behörde recht. Funktions- und Verwaltungstätigkeiten seien dem außerunterrichtlichen Bereich zuzuordnen. Diese seien pauschal von der wöchentlichen Pflichtstundenanzahl erfasst und führten daher nicht zu einer höheren Gesamtarbeitszeit.

Doch das Bundesverwaltungsgericht kippte nun die Urteile der Vorinstanzen. Auch für teilzeitbeschäftigte Lehrer gelte der allgemeine Gleichheitssatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes und das Unionsrecht. **Die beiden Gesetze besagen, dass Teilzeitbeschäftigte nur im Rahmen ihrer Teilzeitquote Tätigkeiten ausüben dürfen.**

Deshalb dürften teilzeitbeschäftigte Lehrer in der Summe ihrer Tätigkeiten (Unterricht, Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Teilnahme an Klassen- und Schulkonferenzen, Elterngespräche, Vertretungsstunden etc., aber auch Funktionstätigkeiten) nur entsprechend ihrer Teilzeitquote zur Dienstleistung herangezogen werden.

Alle Tätigkeiten, egal ob direkt unterrichtsbezogen oder Verwaltungsaufgaben, müssen also für die Summe der Arbeitsstunden berücksichtigt werden. Lassen sich diese Aufgaben nicht reduzieren, so muss zumindest ein zeitlicher Ausgleich erfolgen.

Die Fachgruppe Grundschule lädt ein:

Euer Votum ist gefragt!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die nächsten Personalratswahlen im Juni 2016 stehen bevor.

Bei der letzten Personalratswahl 2012 konnte die GEW
9 von 11 Sitzen gewinnen.

Die GEW-Fraktion im Personalrat möchte die erfolgreiche Arbeit
fortsetzen und erneut die Wahl gewinnen!

Deshalb möchten wir mit euch zusammen unsere Kandidatinnen
und Kandidaten für die Personalratswahl 2016 wählen und unsere
Liste aufstellen.

Dabei brauchen wir eure Mitwirkung und Unterstützung!

Termin: Donnerstag, 19.11.2015
Zeit: 19.00 Uhr
Ort: GEW-Laden, Paradedstr.21
42107 Wuppertal

Susanne Adlung und Richard Voß
Sprecher_in der Fachgruppe Grundschule



Beamtenbund fährt L-EGO vor die Wand

// Die letzte Tarifrunde hat gemischte Gefühle hinterlassen: In den Bereichen Erhöhung der Tabellentarife und Abwehr der Verschlechterungen bei der Betriebsrente können wir relativ zufrieden sein. Aber im Bereich LEGO gibt es keinen Fortschritt! //

Verschlechtert wird die Situation dadurch, dass der Beamtenbund im Alleingang einen Tarifvertrag zur Eingruppierung abgeschlossen hat.

In Kürze die Mogelpackung des Beamtenbundes:

- Arbeitgeber entscheiden weiterhin einseitig (über Kopplung an die Beamtenbesoldung = Ländersache!)
- minimale Zulage von 30 @ für die EG 9 bis EG 11 erst ab 01.08.2016, weitere Erhöhungen nicht absehbar
- sogar Verschlechterungen bei einigen Beschäftigtengruppen (z.B. für ab 01.08.2015 neu eingestellte SozialpädagogInnen in der Schuleingangsphase, bisher EG 10, dann EG 9 oder für HSU-Lehrkräfte)
- Verschlechterung für Nichterfüller mit abgeschlossener Hochschulausbildung aber ohne zweites Staatsexamen von EG 11 auf EG 10 in der Sek I und von EG 13 auf EG 12 in der Sek II
- zum Teil deutlich verlängerte Stufenlaufzeiten, also große Gehaltsverluste
- weiterhin skandalöse Eingruppierungen von Lehrkräften in EG 7 und EG 8

Der Abschluss, den der Beamtenbund unterschrieben hat, ist erbärmlich: 30 € brutto, d.h. großzügig gerechnet knapp 20 € netto mehr pro Monat für EG 9 bis EG 11.

Unglaublich, das als Erfolg zu verkaufen, wie es jetzt v.a. der VBE tut. Das ist unverschämt angesichts der Unterschiede zwischen Beamtenbesoldung und Tarifen, die bei 300 € netto (und mehr) monatlich liegen.

Dafür haben sie sich vier(!) Jahre Friedenspflicht eingehandelt.

Wenn der Beamtenbund in dem Tempo weitermacht, haben sie in etwa 40 Jahren einigermaßen aufgeholt.

Die GEW war kompromissbereit, aber wir waren nicht bereit einen Tarifvertrag zu unterschreiben, der nicht einmal gewerkschaftliche Mindestforderungen erfüllt! Doch der dbb ist der GEW in einer Nacht- und Nebelaktion in den Rücken gefallen.

Dieses skandalöse Machwerk will nun der Arbeitgeber allgemeinverbindlich werden lassen. So können Beschäftigte Anträge auf Übernahme des Tarifergebnisses stellen. Diese wissen aber genauso wenig wie der Personalrat, ob sie sich mit dem neuen Vertrag besser oder schlechter stellen werden.

Gerecht geht anders – zumindest die GEW kämpft weiter für einen Tarifvertrag, der diesen Namen verdient.

Mitgliedsverbände des dbb (Deutscher Beamtenbund), die diesen Skandal verursacht haben:

VBE, Philologenverband, Lehrer NRW, VLBS/VLW

Kein akuter Handlungszwang für Tarifbeschäftigte

// Schulministerium (und LBV) informieren derzeit über ihre Anwendung des zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und dem dbb Beamtenbund (Mitgliedsverbände VBE, PHV, Lehrer NRW, VLBS und VLW) geschlossenen Tarifvertrages über die Eingruppierung und die Entgeltordnung (TV EntgO-L), der am 1. August 2015 in Kraft getreten ist. //

Die GEW hat diesen Tarifvertrag nicht abgeschlossen und lehnt ihn aus guten Gründen ab, da er u.a. Verschlechterungen in der Eingruppierung für einige Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal an Schulen enthält. Daher gilt dieser Tarifvertrag unmittelbar nur für Mitglieder des dbb.

Was will der Arbeitgeber?

Die TdL bzw. das Land NRW als Arbeitgeber wollen dennoch erreichen, dass der Vertrag auch für tarifbeschäftigte Lehrkräfte gilt, die nicht im dbb organisiert sind.

Der Arbeitgeber wirft Nebelkerzen und droht versteckt

Eine Nebelkerze ist die Behauptung, die gewollte Überleitung aller Tarifbeschäftigten sei unproblematisch und in der Regel vorteilhaft für die Beschäftigten. Eine versteckte Drohung ist die Behauptung, eine Teilnahme an einem Streik der GEW habe Rechtsfolgen bzgl. der Anwendung des Tarifvertrages.

Warum kein Handlungszwang?

- Solange es keinen Tarifvertrag mit der GEW über die Eingruppierung von tarifbeschäftigten Lehrkräften gibt, bleiben für GEW-Mitglieder die bestehenden Regelungen zur Eingruppierung und die bestehenden Arbeitsverträge unverändert gültig.
- Da der Tarifvertrag auf GEW-Mitglieder gegen ihren Willen nicht angewandt werden darf, muss der Anwendung auch nicht widersprochen werden.
- Für wenige Beschäftigte enthält der Tarifvertrag womöglich Verbesserungen. Wer das prüfen und sie in Anspruch nehmen will, muss das selbst tun.



men möchte, kann bis zum 31. Juli 2016 einen Antrag stellen. Also besteht keinerlei Grund zur Eile – sehr wohl zur sorgfältigen Prüfung.

- Der Arbeitgeber bietet an, schon jetzt einen Antrag auf die Gewährung der zum 1. August 2016 in Aussicht gestellten sog. Angleichungszulage von 30 Euro zu stellen. Der Arbeitgeber bietet dafür den Abschluss eines Änderungsvertrages an, der dann den neuen Tarifvertrag zum Inhalt hat. Beschäftigte müssen diese Angleichungszulage spätestens bis zum 31. Juli 2017 beantragen. Dann würden die Beträge ab dem 1. August 2016 nachgezahlt. Es gibt also zwei Jahre Zeit, das Für und Wider abzuwägen (z.B. die eventuelle Streichung von Strukturausgleichen) und ggfs. neue Entwicklungen in die Abwägung einzubeziehen.
- Lediglich für neu eingestellte Tarifbeschäftigte gibt es keine Handlungsalternative. Sie müssen den ihnen angebotenen Arbeitsvertrag mit der Vereinbarung des TV EntgO-L unterschreiben, da sonst ein Beschäftigungsverhältnis nicht zustande kommt.

Was tut die GEW?

Die GEW setzt sich weiterhin für einen Eingruppierungstarifvertrag ein, der den Namen verdient und wirklich Verbesserungen bringt. Die Klärung von Rechtsfragen bei der Anwendung des dbb-Tarifvertrages ist ein Teil dieser Auseinandersetzung. Daher stehen die GEW Tarifexpert_innen und die GEW-Personalräte zur Beantwortung der Fragen Tarifbeschäftigter gern zur Verfügung und geben Rechtshinweise.

Geld vermisst?

Die angestellte Kollegin G. stellt fest, dass ihr 40-jähriges Dienstjubiläum im letzten Jahr vergessen wurde. Empört ruft sie den Sachbearbeiter wegen der Zahlung der 500€ Jubiläumszulage an.

Der angestellte Lehrer M. merkt, dass seine Höherstufung in die Stufe 4 vor 12 Monaten hätte erfolgen müssen. Es handelt sich immerhin um einen Unterschied von über 350€ im Monat.

Pech gehabt, die Kollegin und der Kollege waren nicht gut informiert und gehen - zumindest teilweise - leer aus.

Das ist die Rechtslage

Im Tarifvertrag Länder (TV-L), der für alle Länderangestellten gilt, ist im § 37 geregelt: „Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis verfallen, wenn sie nicht innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Fälligkeit von den Beschäftigten oder vom Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden. Für denselben Sachverhalt reicht die einmalige Geltendmachung des Anspruchs aus, um die Ausschlussfrist auch für später fällig werdende Leistungen unwirksam zu machen.“

So sichert man seine finanziellen Ansprüche

Finanzielle Ansprüche an den Arbeitgeber (Schulamt für Grundschulen, Bezirksregierung für alle anderen Schulformen) müssen spätestens sechs Monate nach ihrer Entstehung schriftlich geltend gemacht werden, sonst verfallen sie.

Kollegin G. geht also leer aus. Kollege M. hat Anspruch auf eine Nachzahlung für die letzten sechs Monate, nachdem er den Antrag gestellt hat. Die weiteren sechs Monate verfallen leider auch für ihn.

Fahrkostenerstattung

// Monatlich verschicken wir die „Bergische Schulpost“ an alle Schulen in der Region. GEW-Mitglieder mit Mail-Adresse bekommen sie direkt nach Hause. Hier die Schulpost von September. //

Sie sind Lehrkraft oder SozialpädagogIn und müssen an mehreren Schulen arbeiten, weil Sie mit einigen Stunden abgeordnet oder HSU-Kraft sind? Oder Ihre Schule ist eine Verbundschule mit einer oder mehreren Dependancen, zu der Sie auch noch fahren müssen?

Dann steht Ihnen die Erstattung ihrer zusätzlichen Fahrtkosten zu, bei Benutzung eines PKW ein Kilometergeld in Höhe von 0,30 €. Dies gilt nicht für Fahrten zu Ihrer regelmäßigen Dienststelle, also der Schule, an der Sie die meisten Stunden unterrichten, bzw. bei gleicher Stundenzahl für die Fahrt zu der Schule, die Ihrer Wohnung am nächsten liegt.

Beispiele:

- Fahrt von der regelmäßigen Dienststelle zur 5 km entfernten anderen Schule und wieder zurück. $5 \times 2 \times 0,30 \text{ €} = 3,00 \text{ €}$ pro Arbeitstag, also bei ca. 100 Arbeitstagen pro Halbjahr 300 €.
- Fahrt von zu Hause zur 14 km entfernten anderen Schule und wieder zurück, ohne an der regelmäßigen Dienststelle vorbeizufahren: $14 \times 2 \times 0,30 \text{ €} = 8,40 \text{ €}$ pro Arbeitstag, also bei ca. 100 Arbeitstagen pro Halbjahr 840 €. Fahren Sie dabei an der regelmäßigen Schule vorbei, können Sie nur die Kilometer zwischen den Schulen geltend machen.
- Fahrt zur regelmäßigen Dienststelle, dann zur 8 km entfernten anderen Schule und anschließend 22 km nach Hause, ohne an Ihrer regelmäßigen Schule vorbei zu fahren: $8 \times 0,30 \text{ €} + 22 \times 0,30 \text{ €} = 9,00 \text{ €}$ pro Arbeitstag, also bei ca. 100 Arbeitstagen pro Halbjahr 900 €.

Wohnen Sie außerhalb Ihres Dienstortes, werden die Fahrtkosten jeweils nur ab der Stadtgrenze des Dienstortes erstattet. Benutzen Sie öffentliche Verkehrsmittel, dann steht Ihnen die Erstattung der Kosten für die Fahrkarten zu. Haben Sie eine Zeitkarte, müssen Sie diese benutzen und erhalten keine Erstattung.

Die zusätzlichen Fahrtkosten sind bei ihrem zuständigen Schulamt (Grundschule) bzw. bei der Bezirksregierung (alle anderen Schulformen) zu beantragen. Wichtig: Ihr Anspruch muss innerhalb eines halben Jahres nach Entstehung geltend gemacht werden.

Die GEW meint: Verschenken Sie kein Geld, das Ihnen zusteht!

Rechtsgrundlage: BASS 21 – 24 Nr. 1



Neu im Beruf

**Fortbildungstag der GEW (nicht nur) für
Berufseinsteiger_innen in den Schulen**

Montag, 23. November 2015, 10 – 16 Uhr

Alte Feuerwache, Gathe 6, 42107 Wuppertal

1000 Fragen – Wer gibt Antwort?

Wer ist eigentlich zuständig für welches Problem? Schulleitung, Lehrerrat, Schulamt, Bezirksregierung, LBV?

Wo finde ich Antwort auf meine Fragen aus dem Schulalltag?

Personalräte aller Schulformen geben eine Antwort.

Im Dschungel der Beschäftigungsverhältnisse

Bestimmungen für die Probezeit von Beamten_innen und Angestellten - Regelungen für Seiteneinsteiger in der OBAS und der Pädagogischen Einführung - Grundlagen der Gehaltsberechnung

In Arbeitsgruppen informieren wir über die Regelungen für die verschiedenen Beschäftigungsverhältnisse.

12.30 Uhr - 13.30 Uhr: Die GEW spendiert ein Mittagessen

Workshop: „Kann mein Körper sprechen? – Und wie!“

Eine Viertelsekunde reicht, und der Mensch hat sein Urteil über den Mitmenschen gefällt. Der Eindruck, den eine unbekannte Person macht, hängt nur zu 10 % von dem ab, was sie sagt. Selbst wenn die Person besser bekannt ist, bestimmen die nonverbalen Signale immer noch 60 % des Eindrucks.

Referentin: Dipl.-Pädagogin Maja Heinig-Lange

Teilnahmebeitrag: 10 € - GEW-Mitglieder kostenfrei

Anmeldungen per Mail an gew.wuppertal@t-online.de bis zum 13.11.2015
Sonderurlaub erteilt die Schulleitung.

Eine Veranstaltung der GEW in der Bergischen Region

Ich nehm' die Stadt jetzt anders wahr

// Zu einer alternativen „Kaffeefahrt“ hatte die GEW Wuppertal die neuen Lehrer in Wuppertaler Schulen eingeladen. //

Menschen, die neu nach Wuppertal kommen, möglicherweise noch gar nicht hier wohnen und nur den Weg zu ihrer Schule im Blick haben, denen bleibt die Stadt ein unzusammenhängendes Konglomerat aus Autobahnen, Baustellen, Schwebebahn und ewigen Verkehrsstaus.

Das tut weder der Stadt noch den neuen KollegInnen gut. Wir haben sie also auf eine Kaffeefahrt durch spannende Orte dieser Stadt eingeladen; und dazu noch Reiner Rhexus, einen der profiliertesten Stadtführer.

Erste Station, die Münzstraße. Hier erzählt das „Vorwärts“ Areal beeindruckend die Geschichte der Konsumgenossenschaften, zeugt von der Blüte dieser solidarischen Idee, aber auch von der Machtübernahme der Nazis.



Es ging weiter vorbei an Wohngenossenschaften und an den immer wieder versteckt liegenden kleinen Fachwerkhäuschen der frühindustriellen Weber- und Wirkerfamilien, vorbei an dem riesigen Konsumkomplex am Clausen. Man hat vergessen, dass von hier aus bis in die 60er Jahre 200.000 Menschen mit Lebensmitteln versorgt werden konnten, weil der Komplex in den Jahren danach weltführende Autozulieferer beherbergte.

Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterbewegung und Faschisten um den Kapp-Putsch haben auf diesem Gebiet zwischen Clausen und Ostersbaum stattgefunden. Hier gab es, heute nur noch zu ahnen, riesige Ziegeleien, die mit dem Bauboom Anfang des 20. Jhrd. und dem Erstarren der Baugenossenschaften entlang der Nordbahntrasse arbeiteten. Wer sich mit offenen Augen durch die Stadt bewegt, erkennt an den Zimmermannsfiguren auf so mancher Häuserecke die städtebauliche Präsenz der Genossenschaftsbewegung.

Wir durchquerten die Nordstadt, vergegenwärtigten uns beim Blick auf das freigelegte Hauptbahnhofsgelände, wie früh und wie engagiert Mitte des 19. Jh. damals noch die beiden Städte Barmen und Elberfeld die Herausforderungen und die Chancen moderner Verkehrsmittel zu nutzen verstanden. Im Nachhinein konnte man aber auch dem unbürgerlichen Widerstand der 70er Jahre dankbar sein, dass die Stadterneuerung – modern waren vierspurige innerstädtische Straßen und Überflieger, die A46 ist ein verheerendes Relikt dieses städtebaulichen Irrsinns - im geplanten Ausmaß nie stattgefunden hat und so Nordstadt und Luisenviertel in ihrer spröden Schönheit erhalten blieben.

Wuppertal hätte schon für die Nazis zwischen dem Elberfelder Bahnhof, dem Haspel und dem Polizeipräsidium Aufmarschfeld für Größenwahn(sinn) werden sollen.

Wer die Talachse entlang fährt, kann an fast jedem Haus und jeder Baulücke Wuppertals widerspenstige Prägung durch Armut und Elend, durch Reichtum und Mäzenatentum, durch den erbarungslosen Kampf der Revanchisten und der Nazis gegen die Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaften erkennen. Die Gewerkschaftsprozesse waren nur der Anfang.

Vieles ging von unserem Endpunkt aus, dem Barmer Areal, das früher der Familie Engels gehörte und heute das Historische Zentrum beherbergt. Im „Ankerpunkt“ des Zentrums fiel eben auch jener Satz, der am Anfang steht: Ich nehm' die Stadt jetzt definitiv anders wahr.

Und weil die Kaffeefahrt Lust auf mehr machte und Wuppertal so lang ist, alle Geschichten und die ganze Geschichte nicht erfahren werde konnten, werden wir im Frühjahr die Stadterkundung fortsetzen, mit Reiner Rhefus und auf dem Rad. Die Nordbahntrasse lädt dazu ein.

Gerd Holl



Herzlichen Glückwunsch von der GEW Wuppertal

Besondere Geburtstage von Juli 2015 bis September 2015

Unser Jüngster

22 Jahre

Clemens Walther

30 Jahre

Stefan Castelli
Philip Esser
Ina Korr-Höck
Stefan Mrosek
Nadine Polifka
Anna Schulz
Sandra Schulze-Schwannebrügger
André Valente
Varinia Witek

40 Jahre

Susanne di Ninni
Tordis Frantzen
Anna Orlich
Martina Scheideler
Cornelia Wirkner

50 Jahre

Esmail Dastyar
Jörg Isringhaus
Dirk Rummel

60 Jahre

Ute Blessing-Appler
Brigitte Bohlmann-Reuß
Ulrike Borschel
Gabi Büchel
Eva Büschgen
Madeleine Delmotte-Stenzler
Almut Geisthoevel
Anita Hülsdunk
Susanne Kapp
Ursula Kiehling
Prof. Dr. Maria-Anna Kreienbaum
Thomas Lohmann
Rosemarie Mattusch
Horst Münchow
Winfried Schönekäs
Heidrun Thrun
Sylvia unten Schrievers
Dr. Ulrich Wurm-Dinse
Sigrid Wüstenhagen

70 Jahre

Gerlinde Beckedahl
Dr. Wolfgang Kaiser
Christine Katenbrink
Sigrun Pozzi

87 Jahre

Gerhard Schmidt-Stein

Ein gelungener Nachmittag

// Ein gelungener Nachmittag bei schönstem Sommerwetter war das letzte Treffen der GEW-Senioren_innen am 20. August 2015. Einstieg war um 12 Uhr im Café Nordbahntrasse zu einem gemeinsamen Mittagessen in fröhlicher Runde. //

Die 20 Teilnehmer_innen waren zu Fuß, per Rad, per Auto oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln „angereist“. Das äußerst preisgünstige Essen war lecker und kann Nutzer_innen der Nordbahntrasse nur empfohlen werden. Der Träger des Cafés ist das Wichernhaus, das auch für den Ausbau der Nordbahntrasse zuständig ist. Beschäftigt sind dort Menschen, die auf Ein-Euro-Basis arbeiten und auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum oder nicht vermittelt werden können, ein Erbe der Agenda 2010.

Vom Café aus hat man einen Blick in die Scaterhalle, die dort seit 2008 beheimatet ist und in Kooperation mit dem Jobcenter arbeitet. Auch die Stadt gewährt einen Zuschuss. Der Blick in diese Halle war schon ein Erlebnis. Mike, ein supertoller Scateboarder, hat uns alles präsentiert. Wir waren überwältigt, weil wir uns eine „Bowl“ vorher nicht vorstellen konnten. Das ist eine tolle Arbeit von Wuppertaler Handwerkern, die ihr euch mal anschauen müsst. Sie bietet auch Übungsmöglichkeiten für Inliner, BMX-Räder oder Mountainbikes.



Im Anschluss spazierten wir gemütlich gemeinsam auf der Trasse zum Bahnhof Loh, wo uns um 15 Uhr Frank Jäger vom Verein „Tacheles“ erwartete. „Tacheles“ ist eine Interessenvertretung für Einkommensschwache und wurde 1994 von Sozialhilfebezieher-

innen gegründet. Der Verein hatte damals ein Beratungscafé in der Luisenstraße und ist dann 2009 zum Loher Bahnhof umgezogen.

Es ist Ziel des Vereins, die Interessen der Erwerbslosen, Leistungsbeziehenden und Menschen mit geringem Einkommen gegenüber Stadt, Politik und Behörden zu vertreten. Die Beratung leisten Frank Jäger und Harald Thomé, Experten und Referenten für Sozialrecht, ehrenamtlich. Neben der Beratung vor Ort betreibt der Verein auch eine Infoseite im Internet, die monatlich ca. 5 Mio. mal besucht wird. Sie enthält ein Diskussionsforum, eine Urteilsdatenbank, ein bundesweites Verzeichnis von Beratungsstellen und AnwältInnen, SGB II-Dienstanweisungen der Bundesagentur für Arbeit sowie aktuelle Artikel zu Sozialrecht und Politik.

Und: Der Verein unterhält das „Café Tacheles“ im Loher Bahnhof, das für jeden geöffnet ist und bei kleinen Preisen ein schönes Ambiente am Gleis draußen oder im Bahnhof drinnen bietet.

Wir haben den Aufenthalt dort bei durchaus ernstem Thema und vielen interessanten Sachinformationen draußen an der Sonne genossen.

Der Besuch dort lohnt sich auch als Ziel auf der Nordbahntrasse.

Das nächste Treffen ist am 19.11.2015.

Merk´ dir schon einmal den Termin vor! Vielleicht geht es ins Museum ... Wir arbeiten dran ...

Inge Hanten und Birgit Wernecke



Globalisierte Wirtschaft

// Am 18. Juni 2015 fand ein Lehrer_innen -Workshop zum Thema „Politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen zu Produktions- und Arbeitsbedingungen in der globalisierten Wirtschaft“ statt. Der Workshop wurde gemeinsam von der K Pri-Initiative, dem Informationsbüro Nicaragua sowie der GEW organisiert.//

Die Stadt Wuppertal plant die Ansiedlung des irischen Textildiscounters PRIMARK am Döppersberg. PRIMARK ist der Inbegriff für die aktuellen globalen Ausbeutungsverhältnisse in der Textilbranche sowie ein Lebens- und Konsummodell, in dem es immer nur um „mehr“ geht. Verschiedene Initiativen protestieren seit langem gegen die geplante Ansiedlung, gegen unfaire Produktions- und Arbeitsbedingungen in Textilindustrie und –handel, den rücksichtslosen Verbrauch von Umweltressourcen und gegen die undemokratische, lediglich auf Investoreninteressen ausgerichtete Stadtentwicklung in Wuppertal. In dem Multiplikator_innen-Workshop wurden Perspektiven für eine Bildungsarbeit an Schulen entwickelt, die die aktuellen politischen Auseinandersetzungen in Wuppertal um PRIMARK zum Thema machten.

Handlungsorientierte Übungen

Einige neu konzipierte, interaktive und partizipative Bildungsmethoden zu den Themen Konsum, Arbeit, globalisierte Wirtschaft und globale Produktionsbedingungen wurden in dem Workshop gemeinsam angespielt und im Hinblick auf Chancen und Herausforderungen der Anwendung in der Schule reflektiert.

Zum Thema “Arbeitsbedingungen, Arbeitsrechte und ich” tauschen sich die Jugendlichen über die Frage aus, was gute Arbeitsbedingungen für sie sind. Anhand eines Memorys lernen sie Arbeitsrechte kennen. Ein Song wirft unter unterschiedlichen Perspektiven Schlaglichter auf Konsum und Arbeitsbedingungen.

Mit einem Schätzspiel reflektieren die Jugendlichen die Kosten eines Turnschuhs und lernen anhand eines Films die globale Funktionsweise von Weltmarktfabriken kennen.

Eine Textarbeit und Bildercollage thematisieren die Funktion des globalen Wirtschaftssystems in der Bekleidungsindustrie, deren Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen im Globalen Süden und Norden, aber auch die Gegenwehr der Betroffenen. Nicht zuletzt setzen sich die Jugendlichen mit Handlungs- und Veränderungsmöglichkeiten auseinander.

Was braucht es, um Jugendliche für die Themen zu interessieren?

Wo können Verbindungen der Lebenswelt von Jugendlichen zum Thema globalisierte Wirtschaft und globale Produktionsbedingungen geknüpft werden?

Einig waren sich die meisten teilnehmenden Lehrer_innen, dass eine Verschiebung des Fokus von "weit weg" hin zu "hier" und „vor Ort“ hilfreich ist und damit auch die Thematisierung von Arbeitsbedingungen und sozialen Ungleichheiten hier sehr wichtig ist. Zudem äußerten viele, dass die Auseinandersetzung mit Alternativen, Veränderungsmöglichkeiten und aktuellen Widerständen wichtig ist.

Hier bietet die Initiative K Pri ("Kein Primark am Döppersberg") verschiedene Aktionsmöglichkeiten in Wuppertal.

Die Materialien:

Das Informationsbüro Nicaragua stellt die erprobten neuen Bildungskonzepte mit interaktiven und partizipativen Methoden zur Verfügung. Neben dem Thema der wirtschaftlichen Zusammenhänge beschäftigen sich die Konzepte u.a. mit Migration, Menschenrechten, Rassismus sowie Klimawandel und Umweltkonflikten. Zudem gibt es kostenlose Workshopangebote zur Durchführung in den Schulen.

Bei Interesse an den Materialien oder Workshops erreichen Sie das Informationsbüro unter:

info@informationsbuero-nicaragua.org.

Was K Pri noch so vor hat:

- Politisches Frühstück am 25.10.2015 mit dem Dezernenten für Bürgerbeteiligung und Wuppertaler Bürgerinitiativen
- Angebot weiterer Workshops für Lehrer_innen oder Durchführung in der Schule
- Unterstützung eines bei KiK gekündigten Betriebsratsmitglieds
- TextilMarkt der fairen Möglichkeiten im Frühjahr 2016 mit Wuppertaler Läden für Secondhand-, Upcycling- und ökofairer Kleidung mit einem Rahmenprogramm mit Filmen und Vorträgen im Mirker Bahnhof.

Für Infos und Kontakt:

Klaus Heß, Tel 505322 oder Sonja Kies, Tel. 2624110



Leitungsteam

Gerd Holl
gerd.holl@gew-nrw.de

Helga Krüger
helga.krueger@gew-nrw.de

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de

Kassierer

Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de

Schriftführerin

Gudrun Istel
gudrun.istel@gew-nrw.de

Angestelltenteam

Dr. Egbert Fröse
egbert-froese@web.de

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Thomas Oerder
thomas@oerderwunsch.de

Christine Schwedler
christine.schwedler@gew-nrw.de

Michael Seibel
seibel.michael@gmx.de

Team SeniorInnen

Inge Hanten
inge.hanten@googlemail.com

Birgit Wernecke
Wernecke_Birgit@gmx.de

Rechtsschutz

Martina Haesen
martina.haesen@gew-nrw.de

Fachgruppe Grundschule

Susanne Adlung
susanne.adlung@gew-nrw.de

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de

Fachgruppe Förderschule

Conny Fahle
c.fahle@wayoda.de

Fachgruppe Hauptschule

Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de

Fachgruppe Gesamtschule

Dieter Gerdes
dieter.gerdes@gew-nrw.de

Fachgruppe Realschule

Christian Neumann
christian.neumann@gew-nrw.de

Fachgruppe Berufskolleg

Rolf Kruwinnus-Rausch
rolf.kruwinnus-rausch@gew-nrw.de

Fachgruppe Gymnasium

Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Kontakt Studierende

Serpil Gül-Gerard
hib-wuppertal@gew-nrw.de

Fachgruppe Dozenten

Dr. Susanne Achterberg
achterberg@wiwi.uni-wuppertal.de

Verbindung zum DGB

Dr. Dirk Krüger
krueger.wtal@t-online.de

Örtlicher Personalrat Grundschule Wuppertal

Gudrun Istel (Vorsitzende)
gudrun.istel@gew-nrw.de

Susanne Adlung (stellv. Vors.)
susanne.adlung@gew-nrw.de

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de

Christine Schwedler
christine.schwedler@gew-nrw.de

Ulla Bluhm
ulla.bluhm@gew-nrw.de

Nina Stein
nina.stein@gew-nrw.de

Martina Haesen
martina.haesen@gew-nrw.de

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Hatun Cici
hatun.cici@gew-nrw.de

Personalräte bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Hauptschule
Silke Thielmann
silke.thielmann@gew-nrw.de

Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de

Förderschule
Vera Nölke
vera.noelke@gew-nrw.de

Realschule
Christian Neumann
christian.neumann@gew-nrw.de

Gesamtschule
Dieter Gerdes
dieter.gerdes@gew-nrw.de

Gymnasium
Michael Brischke
michael.brischke@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Berufskolleg
Rolf Kruwinnus-Rausch
rolf.kruwinnus-rausch@gew-nrw.de

Personalrat wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigte Bergische Universität

Dr. Susanne Achterberg
achterberg@wiwi.uni-wuppertal.de

Personalrat Bergische VHS
Barbara Simoleit
Barbarba.simoleit@bergische-vhs.de

